

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Gudrun Kopp, Birgit Homburger, Markus Löning,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/4773 –**

Bürokratie abbauen – Zeitumstellung abschaffen und Sommerzeit permanent einführen

A. Problem

Die Fraktion der FDP möchte mit diesem Antrag erreichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, sich für die Einführung einer EU-weit einheitlichen ganzjährig geltenden Zeitregelung auf der Grundlage der heutigen Sommerzeit einzusetzen.

Beim eingeführten halbjährlichen Zeitwechsel sei weder aus ökonomischer noch aus ökologischer Sicht ein Nutzen erkennbar. Die Bundesregierung wird zudem aufgefordert, in dem der EU-Kommission vorzulegenden Bericht die Verfehlung der energiepolitischen Ziele der Zeitumstellung darzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD sowie einer Stimme der Fraktion DIE LINKE. und einer Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/4773 abzulehnen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy
Vorsitzender

Hans-Werner Kammer
Berichterstatter

Maik Reichel
Berichterstatter

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatterin

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Hans-Werner Kammer, Maik Reichel, Dr. Max Stadler, Petra Pau und Silke Stokar von Neuforn

1. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/4773** wurde in der 91. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. März 2007 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 45. Sitzung am 10. Oktober 2007 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 59. Sitzung am 10. Oktober 2007 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und SPD sowie einer Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. und einer Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 46. Sitzung am 10. Oktober 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 41. Sitzung am 10. Oktober 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/4773 in seiner 50. Sitzung am 10. Oktober 2007 abschließend beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD sowie einer Stimme der Fraktion DIE LINKE. und einer Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. abgelehnt.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Hans-Werner Kammer
Berichterstatter

Maik Reichel
Berichterstatter

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatterin

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstatterin

